

Die deutsche Politik neigt immer mehr zum Prinzipiellen und verurteilt sich zur Unbeweglichkeit

Moral ist kein Politikersatz

Von Gerd Held

Schafft Deutschland seine politische Führung ab? Fast hat es den Anschein, wenn man auf die jüngsten Umfrageergebnisse schaut. Der Höhenflug der Grünen ist vor allem ein Votum gegen die Parteien, die bisher die politische Pragmatik der Bundesrepublik markiert haben: CDU/CSU, SPD und FDP. Dabei fällt bei Volkes Stimme und ihren Vorsprechern ein recht überheblicher Ton auf, mit dem bisherige Amts- und Mandatsträger verabschiedet werden. Zunächst wurde die SPD als Volkspartei für historisch überholt befunden, dann wurde die FDP als Inbegriff der Unmoral für vogelfrei erklärt und längst sind auch CDU und CSU ins Visier geraten. Man hält ihr vor, ihre christlichen Werte zu verraten, und bringt sie damit in Verlegenheit. Denn es ist nicht der normale Parteienkampf, der das Land umtreibt. Etwas Höheres ist ins Spiel gekommen. Die Politik soll moralisch sein. Ein Politiker, siehe Guttenberg, wird nicht wegen seiner Amtsführung abgewählt, sondern wegen einer Verfehlung im ethischen Sinn. So ist die Umwälzung unserer bisherigen Parteienlandschaft im Grund eine Demontage des realpolitischen Maßes, das bisher die Bundesrepublik prägte. Dies geschieht nicht durch eine gesteuerte Kampagne, vielmehr gibt es eine Grundstimmung im Lande. Das prosperierende Deutschland ist irgendwie seiner politischen Führung überdrüssig und sehnt sich nach etwas „ganz Anderem“. Es sucht nach einer höheren Werte und findet sie, vorläufig, bei den Grünen.

Man könnte nun trefflich über das Programm der Grünen streiten, aber das Problem liegt tiefer. Wir stehen nicht einfach vor einem Politikwechsel, sondern vor einem Wechsel der Bewertungsmaßstäbe,

die an das Politische anzulegen sind. Schon beim Protest gegen Stuttgart 21 trat eine Bewegung auf, die für sich ein höheres Wissen und eine höhere Moral in Anspruch nahm – und ein vielfältiges Echo fand. Sie wurde in der Schlichtung etwas entzaubert, doch dann kam die Fukushima-Krise und auf einmal gab es nur noch grenzenlose Themen in der deutschen Politik. Obwohl der Atomunfall durchaus begrenzte Abläufe zeigt, wurde hierzulande das Bild einer unendlichen Katastrophe gemalt, um dann den Atomausstieg zum „endgültigen“ deutschen Konsens erklären, der von keiner politischen Mehrheit mehr antastbar ist. So wird in dieser Frage jede Wahlmöglichkeit abgeschafft und mit ihr die Politik selber. Die Alternative zwischen „Weltunglück“ und „Abschalten“ ist keine politische Alternative. Alle normalen Erwägungen zum Wohl des Landes erscheinen nun minderwertig. Es gelten nur noch Welt- und Jahrhundertprinzipien.

Kein Gesetz kommt mehr durch, wenn es sich nicht „historisch“ deklariert. Aber solche Gesetze sind im Grunde hohle Gesetze – Gesetze, die keine Mittel zu ihrer Durchsetzung enthalten. Gesetze ohne Tatkraft. So bestehen die Errungenschaften in der Klimapolitik bislang im wesentlichen darin, dass „anspruchsvolle“ Ziele formuliert werden, ohne dass über die Verfügbarkeit der dafür notwendigen Mittel Auskunft gegeben wird. Hier wird ein merkwürdiges Verständnis des Politischen deutlich. Man glaubt an eine geheime Macht, die dafür sorgt, dass den Zielen ihre Durchsetzungsmittel schon irgendwie zuwachsen werden. Mit anderen Worten, der Staat für die hehren Ziele besteht noch gar nicht. Weder in Geld noch in Hoheitsrechten. Nach einem Jahrzehnt Klimapolitik

merkt man dann auf einmal, dass es in Deutschland noch nicht einmal eine Raumordnungsmacht des Bundes für den Stromtrassenbau gibt. So kann man mit der Moralisierung der Politik viel Zeit vertun.

In der libyschen Krise zeigt sich ein noch schlimmerer Effekt: die Ablehnung von (militärischen) Beistandsmitteln, die der Politik sehr wohl zu Gebote standen. Zunächst war der Enthusiasmus über die „arabische Revolution“ groß und die Verurteilung der Despoten scharf. Als dann der Despot Ghaddafi wirklich ein Massaker vorbereitete, verweigerte sich Deutschland mit dem Hinweis auf die „unabsehbaren Folgen“ einer Intervention. Man hätte also in Benghasi einen Massenmord in Kauf genommen. Und wiederum stimmte das Verhältnis von Zielen und Mitteln nicht: Man wollte gar nicht prüfen, ob die militärischen Mittel aus der Luft zumindest reichten, um das Schlimmste zu verhüten und dem Vormarsch Ghaddafis Einhalt zu gebieten. Die deutsche Debatte war nicht in der Lage, sich realpolitisch auf provisorische Zwischenziele zu konzentrieren – auf Ziele, die mit den gegebenen Mitteln erreichbar waren. Sie philosophierte über den Krieg und seine Eskalationen.

Zuviel Moral tut der Politik nicht gut und dabei sollte man auch an unser Alltagsleben denken. Und an jene kleinlichen Regeln, die uns das Rauchen verbieten und die Art der Glühbirnen vorschreiben wollen. Oder die zensieren wollen, was wir auf Werbetafeln lesen dürfen. Auch hier, wo die Politik zur kleinlichen Vormundschaft über unsere Lebensführung wird, ist ein Missbrauch der Ethik im Spiel, denn sie beruft sich auf „Werte“. Solche Werte sind respektabel, aber auch interpretierbar und umstritten. Ethische Erwägungen gehen sehr tief, aber sie können auch sehr unterschiedlich ausfallen. Wo aus ihnen ein Ge-

setz für jedermann abgeleitet werden soll, wird das Leben eng. Kein Staat darf für seine Bürger eine bestimmte Moral zum Gesetz erheben. Er muss den Ball flacher halten, wenn er wirklich bindende Entscheidungen für alle treffen will. Das gilt auch für die Maßstäbe, die an das politische Personal anzulegen sind. Ein Politiker muss nicht zum Vorbild in allen Lebensfragen gemacht werden. Auf seine Amtsführung kommt es an. Aber die Moralisierung der Politik führt dazu, dass sein Liebesleben, seine Biographie, seine ganzen Privatstände und Marotten mit zur Wahl stehen. Da es eher selten ist, dass ein Mensch mit Machtinstinkt ganz ohne Fehltritte ist, wird er bald zur Zielscheibe der Tugendwächter. Frau Schavan stellt mit gezieltem „Schämen“ Herrn Guttenberg ins Abseits und dokumentiert den Einfluss, den die Moralpartei inzwischen im Lande hat.

So haben viele an der Vermischung von Politik und Moral mitgewirkt. Jetzt ist hier ein Maß erreicht, wo die politische Führung des Landes selbst zur Disposition steht. Das ist kein schlechter Moment, um sich wieder an die Tugenden der Realpolitik zu erinnern. Und daran, dass jede Politik unethisch sein muss, damit sie realitätsmächtig wird. Das Politische muss von den begrenzten Mitteln, die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen, her konzipiert werden und nicht von wünschenswerten Zielen. Begrenzt ist die Bereitschaft der Bürger, ihr Leben allgemeinen Normen zu unterwerfen und für das Gemeinwesen mit Geld und Lebenszeit zu haften. Die Moralisierung der Politik überschreitet diese Grenze. Sie vergrößert das Staatswesen, indem sie bei der Ethik Anleihen aufnimmt. Doch was sie an großen Themen gewinnt, hat sie an Durchsetzungskraft schon verloren.

(Manuskript vom 13.4.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 18.4.2011 unter der Überschrift „Zu viel Moral schadet“)